

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung  
in wichtigen Schwellenländern

Reihe  
Geschichte der internationalen Arbeit  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgegeben von

Pia Bungarten, Dieter Dowe, Ernst J. Kerbusch  
und Uwe Optenhögel

Andreas Wille · Klaus-Peter Treydte · Volker Vinnai

# **Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in wichtigen Schwellenländern**

Chile, Indien und Südafrika

Mit einem Vorwort von  
Ernst J. Kerbusch

Reihe  
Geschichte der internationalen Arbeit  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 4



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0399-3

Copyright © 2009 by  
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Lektorat: Dr. Heiner Lindner  
Umschlaggestaltung: Karl Debus, Bonn  
Satz: Kempken DTP-Service · Büro für Satztechnik, Marburg  
Druck und Verarbeitung: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten (Allgäu)

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2009

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de/](http://www.dietz-verlag.de/)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort von Ernst J. Kerbusch</b> . . . . .	<b>11</b>
------------------------------------------------	-----------

*Andreas Wille*

<b>Nicht nur in guten, sondern auch in dunklen Zeiten 40 Jahre Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile für Demokratie und soziale Teilhabe</b> . . . . .	<b>17</b>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

1 Die Anfänge der Stiftungsarbeit in Chile: 1967–1973 . . . . .	18
1.1 Schwerpunkt Gewerkschaftsarbeit: Die ersten Schritte der Stiftung in Chile . . . . .	18
1.2 Die Gründung von ILDIS 1967: Forschung im politischen Raum . . . . .	19
2 Für die Einheit der demokratischen Kräfte im Zeichen der Diktatur: 1973–1989 . . . . .	23
2.1 Das Sonderstipendienprogramm der Stiftung: Rasche Hilfe für verfolgte Demokraten . . . . .	23
2.2 Demokratische Strukturen erhalten: Die Förderung politischer Parteien im Exil . . . . .	26
2.3 Opposition einen: Die schrittweise Wiederaufnahme der Stiftungsarbeit in Chile . . . . .	29
2.3.1 Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Institute . . . . .	33
2.3.2 Forschungsinstitute und die »Gruppe der 24« . . . . .	35
2.3.3 Parteien . . . . .	38
2.3.4 Unternehmensberatung . . . . .	40
2.4 Das Plebiszit 1988 und die Wahlen 1989: Unterstützung einer geeinten Opposition im Moment der Entscheidung . . . . .	43
3 Kooperation und Austausch im Zeichen der Demokratie: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile von 1990 bis heute . .	51
3.1 Die Phase des Übergangs: Unterstützung beim Wiederaufbau demokratischer Strukturen 1990–1992 . . . . .	51
3.2 Die Schwerpunkte der Stiftungsaktivitäten in den 90er Jahren in Chile . . . . .	54
3.3 Die Arbeit der Stiftung in Chile heute . . . . .	60
4 Appendix: Interviewpartner Chile . . . . .	67

1	Gesellschaftspolitik und Entwicklungsengagement der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indien und Deutschland im Vergleich – Der zeitgeschichtliche Kontext . . . . .	69
1.1	Gemeinsamkeiten Indiens und Deutschlands – wenn nicht eine absurde, dann doch eine verwegene These? . . . . .	73
1.2	»Wirtschaftsdemokratie« . . . . .	73
1.3	»Schnittmenge« Teilung und Ost-West-Konflikt . . . . .	75
1.4	»Schnittmenge« Wirtschaftsentwicklung . . . . .	76
1.5	Warum gab es die Verständnisschwierigkeiten in der offiziellen Politik? . . . . .	76
1.6	Gesellschaftspolitik im Ost-West-Konflikt . . . . .	78
2	Frühgeschichte: Die ersten Schritte der Friedrich-Ebert-Stiftung im Lande Gandhis und Nehrus . . . . .	81
2.1	Gesellschaftspolitik im Zeichen des Ost-West-Konflikts . . . . .	81
2.2	Die Ansätze der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Indien . . . . .	84
2.3	Druckereiprojekte: Die »Erbschaft« der »Weltweiten Partnerschaft« . . . . .	92
3	Von der partnerorientierten Förderung zur gesellschaftspolitischen Programmorientierung: Der Neuansatz der 80er Jahre . . . . .	98
4	Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Partnerland Indien: Gesellschaftspolitische Innovation und Konsolidierung des Entwicklungsengagements . . . . .	110
5	Poor <i>and</i> Powerful: A Global Player India »in the Making« – Wie kann man die neue Rolle Indiens innen-, sozial- und außenpolitisch begleiten? Herausforderungen für Stiftung und Partner in Indien . . . . .	122
6	Blockfreiheit ade? Indien, Europa und Deutschland in einem neuen internationalen Umfeld – Von Jawaharlal Nehru zu Manmohan Singh – Aktuelle Trends in historischer Perspektive . . . . .	134
7	Appendix . . . . .	144
7.1	Länderkonzept Indien 1989 – Arbeitsbereiche und Verknüpfungen . . . . .	144
7.2	Kursbogen Indien 1994 – Überlegungen zur Gesellschaftspolitik . . . . .	145
7.3	Kursbogen Indien 1997 – Wirtschafts- und Sozialentwicklung . . . . .	147
7.4	Zeitleiste: Parallelgeschichte – Ausgewählte Daten zu Indien und Deutschland, zum Ost-West-Konflikt und zur Nord-Süd-Debatte . . . . .	149
7.5	Das enzyklopädische Stichwort: Indien – Bharat Ausgewählte Begriffe, um Indien besser zu verstehen . . . . .	153

1	Südafrika am Rande der Wahrnehmung – Reagieren statt Agieren: Die Haltung von Politik, Gewerkschaften und gesellschaftspolitischen Akteuren zu Südafrika . . . . .	155
1.1	Die Anfänge einer Südafrikapolitik . . . . .	155
1.2	Die Haltung der Parteien zu Südafrika . . . . .	157
1.3	Gewerkschaftssolidarität mit Südafrika . . . . .	160
1.4	Zivilgesellschaft und Apartheid . . . . .	163
2	Ist ein friedlicher Wandel möglich? Die Entwicklung einer Südafrikastrategie der Friedrich-Ebert-Stiftung (1980–1990) . . . . .	165
2.1	Die Kooperation mit dem ANC – Vom schwierigen Anfang zur erfolgreichen Zusammenarbeit . . . . .	165
2.2	Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und den Gewerkschaften in Südafrika . . . . .	175
2.3	Konferenzen und Kontakte: Die Diskussion der Entwicklung Südafrikas in Bonn . . . . .	184
2.4	Das Ende der Regierung Botha – Den Wandel begleiten . . . . .	186
3	Vorbereitung auf den Wechsel – Die Zeit der Verhandlungen: Chancen und Möglichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Übergangsprozess (1990–1994) . . . . .	190
3.1	Politikberatung unter Zeitdruck . . . . .	192
3.2	Verfassungsdiskussion – Deutschland als Modell? . . . . .	196
3.2.1	Die Grundrechte sichern . . . . .	198
3.2.2	Zentralstaat oder föderaler Aufbau? . . . . .	199
3.2.3	Das Ringen um eine Wirtschaftsordnung – Von der »Macro Economic Research Group« (MERG) zum »Reconstruction and Development Programme« (RDP) . . . . .	201
3.3	Black Economic Empowerment durch Kleinindustrieförderung . . . . .	205
3.4	Der Dialog mit den Gewerkschaften . . . . .	205
3.5	Auf dem Weg zu freien Medien . . . . .	207
3.6	Das Institute for Global Dialogue – Die Gründung eines ANC-nahen Forschungsinstituts . . . . .	212
3.7	Wahlvorbereitung und Wahlkampf . . . . .	214
3.8	Die Arbeit der Stiftung in der Verhandlungsphase 1990 bis 1994 – Ein Rückblick . . . . .	216

4	Präsident Mandela und die Rainbow Nation –	
	Die Transformation einer Gesellschaft (1994–1999) . . . . .	218
	4.1 Verfassungsberatung – Von der Übergangsverfassung	
	zur endgültigen Verfassung . . . . .	220
	4.2 Unterstützung beim Aufbau der neuen Provinzregierungen . . . . .	222
	4.3 Die Zusammenarbeit mit ANC-Parlamentariern . . . . .	222
	4.4 Die Unterstützung politischer Reformvorhaben . . . . .	225
	4.4.1 Vom »Reconstruction and Development	
	Programme« (RDP) zum »Growth, Employment and	
	Reconstruction Programme« (GEAR) . . . . .	225
	4.4.2 Die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen	
	zur Europäischen Union – Die Verhandlungen	
	über ein Handelsabkommen . . . . .	227
	4.4.3 Von der Kleinindustrieförderung zum	
	Local Economic Development . . . . .	229
	4.4.4 Sozialer Wohnungsbau, staatliche Wohnungsbauförderung	
	und Baufinanzierung . . . . .	234
	4.5 Die Kooperation mit den Gewerkschaften . . . . .	236
	4.5.1 Politikberatung – Die Beteiligung der Gewerkschaften	
	im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses . . . . .	236
	4.5.2 Die Aus- und Fortbildung von shop stewards . . . . .	237
	4.5.3 Die Notwendigkeit einer regionalen und	
	internationalen Gewerkschaftsarbeit . . . . .	238
	4.6 Die Entstehung einer neuen Medienlandschaft . . . . .	240
	4.7 Außenpolitische Überlegungen . . . . .	241
	4.8 Ansätze einer Parteikooperation . . . . .	242
	4.9 Die Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission –	
	Ein Medienbeitrag . . . . .	244
	4.10 Eine schwierige Prioritätensetzung . . . . .	245
5	Die Präsidentschaft Thabo Mbeki –	
	Alte Probleme und neue Herausforderungen durch	
	die Globalisierung (1999–2009) . . . . .	245
	5.1 Die Reform der sozialen Sicherungssysteme –	
	Teilerfolge einer Kooperation . . . . .	247
	5.2 Gibt es Alternativen zur Wirtschaftspolitik der Regierung? –	
	Die Zusammenarbeit mit dem Economic Transformation	
	Committee des ANC . . . . .	248
	5.3 Eine Hilfestellung – Die Gründung der Polizeisondereinheit	
	»The Scorpions« . . . . .	250
	5.4 Die AIDS-Katastrophe und die nationale Sicherheit –	
	Ein zaghafter Versuch . . . . .	251



5.5	Gewerkschaftsarbeit – Von der nationalen zur internationalen Ebene . . . . .	252
5.6	Die Weiterentwicklung der Medienarbeit . . . . .	256
5.7	Neue Ansätze für eine Zusammenarbeit mit dem ANC . . . . .	259
5.8	Südafrika und die afrikanische Renaissance . . . . .	262
5.8.1	Maßnahmen zur Unterstützung der regionalen Integration im südlichen Afrika . . . . .	263
5.8.2	Die Stiftung als Wissensvermittlerin – Beispiele Nigeria und Elfenbeinküste . . . . .	266
5.8.3	Von der Organization of African Unity zur African Union und zur »New Partnership for Africa's Development« (NEPAD) . . . . .	269
5.8.4	Der Beginn eines sicherheitspolitischen Dialogs . . . . .	271
5.9	Ein Beitrag zur globalen Strukturpolitik . . . . .	272
5.10	Der Wandel in der Projektarbeit 1999–2009: Ein Rückblick . . . . .	278
6	Der ANC in der Krise – Der Rücktritt von Thabo Mbeki und die Wahl von Jacob Zuma – Ein Ausblick auf ein verändertes Umfeld der Stiftungsarbeit . . . . .	280
7	Appendix: Interviewpartner Südafrika . . . . .	284

## Anhang

Abkürzungen . . . . .	287
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	291
Personenregister . . . . .	297
Über die Autoren . . . . .	301



---

## Vorwort

Mit diesem Band über ihre Arbeit in drei wichtigen Schwellenländern – Chile, Indien und Südafrika – legt die Friedrich-Ebert-Stiftung einen weiteren Band der umfangreichen Reihe über die Geschichte ihrer internationalen Arbeit vor. Obwohl alle drei Beiträge von Mitarbeitern bzw. ehemaligen Mitarbeitern der Stiftung verfasst wurden, wird dem Leser schnell deutlich werden, welche Vielzahl von Möglichkeiten einer politischen Stiftung gerade in Ländern zur Verfügung steht, deren wirtschaftliche und politische Entwicklung sie zu Mitspielern in der globalen Politik gemacht hat. Die Nutzung dieser Möglichkeiten ist selbstverständlich immer von Lage und Entwicklung im jeweiligen Partnerland abhängig – und die hätte in den hier vorgestellten Ländern kaum unterschiedlicher sein können. Die Auswahl der Länder, bei der alle drei sogenannte Entwicklungskontinente vertreten sind, trägt dazu ebenso bei wie die unterschiedliche Rolle der drei Länder in ihrem jeweiligen regionalen Kontext: Südafrika wird mit Fug und Recht als Führungsnation auf dem afrikanischen Kontinent angesehen; Indien präsentiert sich in Asien eher als der große Konkurrent der Volksrepublik China und – zur Zeit noch – Japans, und Chile, als eines der kleineren Länder auf dem lateinamerikanischen Subkontinent, stellt dort eher ein besonders entwickeltes politisches und ökonomisches Modell dar – und ist keineswegs die politische Führungsnation, eine Rolle, die unbestritten Brasilien zufällt. Andererseits ist allen drei Ländern die Rolle eines »Ankerlandes« gemein. Mit diesem Begriff beschreibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung solche Länder, die durch ihre regionale und/oder globale Interessenlage und ihre politische und wirtschaftliche Ausstrahlungswirkung Einfluss auf die Entwicklung in ihrer jeweiligen Region nehmen wollen oder können.

Gerade der letzte Aspekt ist für die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Beginn ihrer Auslandstätigkeit in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von besonderer Bedeutung gewesen, nämlich den Auftrag zur Förderung von Demokratie und Entwicklung aus der nationalen Arbeit heraus in eine regionale und globale Dimension weiterzuentwickeln. Dieser Anspruch ist nur in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Führungsnationen und ihren Eliten im regionalen Kontext zu erfüllen und wurde deshalb in der internationalen Arbeit der Stiftung – lange vor der Entdeckung des »Ankerlandkonzeptes« durch das BMZ – in den Vordergrund gestellt. So ist es auch kein Zufall, dass in allen

hier behandelten Ländern, auch auf Anregung und mit Unterstützung der FES, Institutionen entstanden sind, die ähnliche Aufgaben wahrnehmen und immer wieder als Partner der FES fungieren. Gerade diese besondere Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung – und auch anderer parteinaher politischer Stiftungen – im regionalen und globalen Kontext rechtfertigt die Finanzierung von Stiftungsmaßnahmen durch das BMZ auch in Ländern, die zunehmend der Definition in der DAC-Statistik als »Entwicklungsländer« nicht mehr entsprechen.

Als »Grenzgänger zwischen Staat und Gesellschaft« haben die FES-Mitarbeiter Uwe Optenhögel und Ernst Hillebrandt die Arbeit der politischen Stiftungen beschrieben. Nirgendwo wird das deutlicher als bei der Arbeit in den Schwellenländern. Dabei stellt das breite Spektrum der (parteinahen) politischen Stiftungen einen Vorteil dar, den regierungsamtliche Außenpolitik in diesem Maße niemals zur Verfügung haben kann, weil sie immer auf bestehende Regierungs- und Machtkonstellationen Rücksicht zu nehmen hat. Dass die Arbeit der Stiftungen nur dann erfolgreich und mit dem größten gemeinsamen Nutzen umgesetzt werden kann, wenn ihnen dabei die höchstmögliche Eigenständigkeit zugestanden wird, versteht sich von selbst. Außerdem kann durch die Unabhängigkeit der politischen Stiftungen sichergestellt werden, dass für das »Gesamtpaket« der Arbeit der Stiftungen letztlich nicht die Bundesregierung haftbar gemacht werden kann – ein besonders wichtiger Vorzug der Stiftungsarbeit, der im englischen Sprachraum mit dem Begriff »deniability« beschrieben wird. Alle Beiträge dieses Bandes liefern dafür handfeste Belege. Für Südafrika und Chile wurde das in ausführlichen, von unabhängigen Wissenschaftlern erstellten Querschnittsanalysen über die Arbeit aller in diesen Ländern tätigen deutschen politischen Stiftungen ausdrücklich festgestellt.

Auch die Arbeit der Stiftung in Spanien und Portugal, die dort wesentliche Beiträge zur Überwindung der Diktaturen und zum Aufbau demokratischer Strukturen geleistet hat, wäre im Rahmen regierungsamtlicher Politik nicht möglich gewesen. Diese Arbeit war aber ganz sicher im deutschen und europäischen Interesse! US-Präsident Reagan hat 1982 im Rahmen seiner Rede vor dem britischen Parlament (Westminster Speech) ausdrücklich die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung als elementar für das Erreichen und den Erhalt der Demokratie in Spanien und Portugal gewürdigt und im Jahr danach in den USA das National Endowment for Democracy (NED) gegründet, das seither am Beispiel der deutschen politischen Stiftungen ausgerichtet ist. Auch wenn amerikanische Traditionen und Interessen sich in vielem von der deutschen Sicht unterscheiden, so ist doch die gemeinsame Grundausrichtung – Förde-

rung von Demokratie und Entwicklung durch unabhängige Organisationen – bis heute erhalten geblieben.

Wie bereits erwähnt, ergeben sich die Möglichkeiten einer politischen Stiftung, in Partnerländern tätig zu werden, vor allem aus der Lage in den jeweiligen Ländern. Die wiederum muss mit den Interessen der Stiftung selbst und ihrer Hintergrundstruktur abgestimmt sein. Im Falle der FES bedeutet das, dass sie die Interessenlage der Sozialdemokratischen Partei und der deutschen Gewerkschaften sowie deren internationaler »Familien«, also der Sozialistischen Internationale (SI) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), ebenso zu berücksichtigen hat wie die generellen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. In allen drei behandelten Ländern war dies von den Grundüberzeugungen her leicht in Übereinstimmung zu bringen. Die Überwindung der Apartheid in Südafrika, die Beendigung der Pinochetdiktatur in Chile und gute Beziehungen zu Indien als der Führungsmacht der Blockfreienbewegung waren unbestrittene gemeinsame Ziele. Schwieriger war dagegen immer wieder die Beantwortung aktueller Detailfragen.

Durfte die FES mit dem African National Congress (ANC) zusammenarbeiten, als dieser der Gewalt als Mittel der Politik noch nicht abgeschworen hatte und von mit der Bundesrepublik Deutschland befreundeten Regierungen noch als Terrororganisation eingestuft wurde? Durfte eine bundesdeutsche Stiftung, während Deutschland noch geteilt war und an der innerdeutschen Grenze noch auf jeden Flüchtling geschossen wurde, in Chile mit einer kommunistischen und einer (damals noch weiter links stehenden) sozialistischen Partei zusammenarbeiten? Durfte man in Indien trotz Hallstein-Doktrin mit Parteien und Gewerkschaften zusammenarbeiten, die enge Beziehungen zur UdSSR und zur DDR unterhielten?

Auf alle diese Fragen – und viele weitere, ähnlich gelagerte – konnte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Ja antworten – dank der Unabhängigkeit von offiziellen Regierungspositionen und auch unabhängig davon, ob die jeweilige Regierung der Bundesrepublik von Christdemokraten oder von Sozialdemokraten geführt wurde.

Die Ergebnisse der Arbeit in den Ländern, von denen hier die Rede ist, haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Prinzip der Unabhängigkeit der Arbeit der politischen Stiftungen nicht nur allgemeine Zustimmung gefunden hat, sondern heute als unverzichtbare Voraussetzung für deren erfolgreiche Arbeit angesehen wird. In zahlreichen Stellungnahmen aus der Politik ist das immer wieder betont worden. Die Bundespräsidenten Carstens, Herzog, Rau und Köhler haben das in öffentlichen Reden herausgehoben. Die bestehenden

Richtlinien für die Arbeit der politischen Stiftungen berücksichtigen diesen Aspekt ebenso wie das Verfahren zur finanziellen Sicherung der Stiftungsarbeit durch den Deutschen Bundestag.

Die hier vorgelegten Beiträge bedürfen keiner gesonderten inhaltlichen Kommentierung. Sie sprechen bei aller Unterschiedlichkeit in der Herangehensweise, die die Herausgeber ausdrücklich in der Entscheidung des jeweiligen Autors belassen haben, jeweils für einen sorgsam erarbeiteten Stiftungsansatz in den einzelnen Ländern. Alle Beiträge gehen dabei auf das Verhältnis der Stiftungsarbeit zur deutschen und europäischen Interessenlage ebenso ein wie auf die Einbindung in den zentralen Stiftungsauftrag der Förderung von Demokratie und Entwicklung.

Andreas Wille stellt dabei die Überwindung der Pinochetdiktatur in Chile in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Die enge Zusammenarbeit mit den anderen deutschen politischen Stiftungen – allen voran mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) – erklärt sich aus der gemeinsamen Interessenlage der jeweiligen Partner in Chile an der Überwindung der Diktatur – einer Sondersituation, die sich dann später in der Gründung der »Concertación« als einer Allianz der Demokraten widerspiegelte. Die direkte Zusammenarbeit von deutschen politischen Stiftungen stellt ansonsten eher die Ausnahme als die Regel dar, ohne dass aus der Parteinähe oder der Unterschiedlichkeit der Grundwerte Konkurrenz entsteht. Regelmäßige gegenseitige Information sorgt für Transparenz und verhindert Doppelarbeit oder Zielkonflikte.

Volker Vinnai zeichnet die Annäherung der Stiftung an die gegen die Apartheid kämpfende südafrikanische Opposition auf, die innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung zeitweise zur Konkurrenz zweier Stiftungsabteilungen führte. Während die Internationale Abteilung auf die Opposition im Exil (insbesondere den ANC) setzte, versuchte die Abteilung Entwicklungsländerforschung des Forschungsinstituts der FES – letztlich erfolgreich – einen Kooperationsansatz in Südafrika selbst zu finden.

Im Rahmen einer organisatorischen Neuordnung wurden die konkurrierenden Aktivitäten im Jahre 2000 wieder zusammengeführt.

Klaus-Peter Treydte sieht in der indischen Kongresspartei, die das Land nach der Unabhängigkeit jahrzehntelang führte, einen Partner, der unter Nehru einen »sozialdemokratischen« Politikansatz verfolgte, auf dem sich weitreichende Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit mit der SPD hätten aufbauen lassen. Diese Möglichkeit sei jedoch durch den Rückzug der FES aus Indien nach Problemen in der Zusammenarbeit mit den zersplitterten indischen Gewerkschaften aus dem Auge verloren worden. Beim »zweiten Anlauf«, der Wie-

deraufnahme der Zusammenarbeit und der erneuten Entsendung eines Auslandsmitarbeiters 1979/80, sei diese Möglichkeit aber nicht mehr gegeben gewesen.

Welche Möglichkeiten sich für die FES in der konkreten Entwicklung der Partnerparteien ergeben haben und welche alternativen Partner hinzugezogen werden mussten, wie regionale und globale Fragen in die Arbeit einbezogen wurden, wie grenz- und kontinentübergreifende Zusammenarbeit organisiert wurde, das wird in den drei Beiträgen ausführlich dargestellt. Sie werden gespiegelt an der Interessenlage der FES als deutscher parteinaher politischer Stiftung, die immer auch deutsche und internationale sozialdemokratische und gewerkschaftliche Positionen im Blick behalten musste und muss.

Aus der für jedes der hier dargestellten Länderbeispiele aufgezeigten Zukunftsperspektive sollte deutlich werden, dass die nationale, regionale und globale Tätigkeit der politischen Stiftungen für Demokratie und Entwicklung weiterhin wichtig ist – im deutschen und im europäischen Interesse.

*Bonn, im Oktober 2009*

*Ernst J. Kerbusch*





---

Andreas Wille

## Nicht nur in guten, sondern auch in dunklen Zeiten 40 Jahre Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile für Demokratie und soziale Teilhabe

»Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile«, schrieb die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet in ihrem Grußwort zum vierzig-jährigen Bestehen des Büros der FES in Santiago, »durchlebte das, was auch das Land durchlebte. Sie teilte die dunklen Zeiten, in denen es weder Freiheit noch Achtung für die Menschenrechte gab. Und sie erlebte die guten Zeiten, als wir die Freiheit wiedererlangten [...]«

In der Arbeit der FES in Chile spiegelt sich die wechselvolle Geschichte des Landes in den vergangenen vier Jahrzehnten wider. Das ILDIS Santiago hatte sich nach seiner Eröffnung 1967 als Institut der FES für angewandte sozialwissenschaftliche Forschung in kurzer Zeit einen herausragenden Ruf in Lateinamerika erworben. Als sich das Militär unter General Pinochet im September 1973 an die Macht putschte, sah sich die FES in Chile einer ganz neuen Herausforderung gegenüber. In den langen Jahren der Diktatur von 1973 bis 1990 verfolgte die FES das Ziel, die demokratischen Kräfte zu stärken und die Rückkehr des Landes zur Demokratie zu fördern. Sie nutzte dabei das flexible Instrumentarium der Stiftungsarbeit, um mit vielfältigen Ansätzen seine chilenischen Partner sowohl im Land wie auch im Ausland zu unterstützen und bei der Wiederherstellung der politischen Strukturen mitzuwirken, die die Grundlage für den demokratischen Neuanfang in Chile bildeten. Eben jene Partner zählen seit der Rückkehr zur Demokratie zu den Schlüsselakteuren der Parteien und der Regierungen der *Concertación*. Seit dem Ende der Diktatur verfolgt die FES mit ihrer Arbeit das Ziel, einen Beitrag zur Erweiterung der demokratischen und sozialen Teilhabe im heutigen Chile zu leisten. Das Ansehen und besondere Vertrauensverhältnis, das aus dem Engagement der FES in den »dunklen Zeiten« erwachsen ist, bildet auch heute noch eine fruchtbare Grundlage für die Zusammenarbeit.

# 1 Die Anfänge der Stiftungsarbeit in Chile: 1967–1973

## 1.1 Schwerpunkt Gewerkschaftsarbeit: Die ersten Schritte der Stiftung in Chile

Im Jahr 1964 nahm die FES ihre Aktivitäten in Chile auf. Anfangs konzentrierte sich die Arbeit gänzlich auf den Bereich der Gewerkschafts- und Genossenschaftsberatung. Die Anfänge der Stiftungsarbeit in Chile unterscheiden sich damit deutlich von dem späteren umfassenden Ansatz der gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Beratung.

Dabei stellte sich die Situation der Gewerkschaften in Chile in den 60er Jahren schwierig dar. Es gab eine unüberschaubare Zahl von Gewerkschaften auf Betriebsebene, die in einer Reihe konkurrierender Dachverbände zusammengeschlossen waren. Interne parteipolitische Auseinandersetzungen und eine – aufgrund der unzureichenden Ausbildung ihrer Funktionäre – mangelhafte Organisation erschwerten die Vertretung der Arbeiterinteressen erheblich.<sup>1</sup>

Die FES setzte sich in ihren ersten Jahren das Ziel, die chilenische Arbeiterschaft beim Aufbau einer demokratischen und freien Gewerkschaftsorganisation und bei der Gründung eines erfolgreichen Genossenschaftswesens zu unterstützen. Gewerkschaftsführern und Nachwuchskräften wurden mehrwöchige Seminare und Abendkurse in Santiago und den Regionen Chiles angeboten. Das Themenspektrum der Kurse reichte von Organisations- und Finanzschulung über Arbeitsrecht und Rhetorikausbildung bis hin zur Präsentation des deutschen Gewerkschaftswesens. In den Genossenschaftsschulungen wurden den Geschäftsführern theoretische und geschichtliche Grundlagen des Genossenschaftswesens ebenso vermittelt wie Buchhaltung, Organisationsmanagement und der Aufbau von Finanzierungsinstrumenten.

Wie die Themenwahl verdeutlicht, standen in den Schulungen technische und organisatorische Aspekte des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens im Vordergrund. In der hochgradig politisierten Gewerkschaftswelt des Kalten Krieges klammerte die FES politische Fragestellungen bewusst aus. Sie unterbreitete damit als nicht staatliche Institution ein dringend benötigtes Bildungsangebot, das sich von den Ideologieschulungen der Parteien, insbesondere der kommunistischen, deutlich abhob. Die Funktionäre und Nachwuchskräfte der Gewerkschaften waren zumeist parteipolitisch gebunden. Zu den Seminaren

---

1 *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Die Gewerkschaftsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile. Bericht an die Zentrale, September 1964, S. 3 f.

der FES wurden Gewerkschaftsvertreter aller demokratischen Parteien eingeladen, um die Verständigung der unterschiedlichen parteipolitischen Gruppierungen in gewerkschafts- und genossenschaftspolitischen Fragen auf der Führungsebene zu fördern.<sup>2</sup> Die Arbeit der FES im Gewerkschaftssektor war damit aber keineswegs unpolitisch. Vielmehr sollten demokratische Kräfte aus dem Gewerkschaftswesen von dem Ideal unabhängiger Gewerkschaften überzeugt und durch eine fundierte Ausbildung in die Lage versetzt werden, von äußerer Einflussnahme unabhängige und demokratisch organisierte Industrie- und Einheitsgewerkschaften aufzubauen.<sup>3</sup>

Die FES begleitete den Strukturwandel, den das gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformprogramm der »Revolution in Freiheit« des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei Montalva anstrebte. Zu diesem Zweck informierte sie die Arbeiterschaft über die Reformen, befähigte die Gewerkschafter, aktiv an der Gestaltung der Reformmaßnahmen mitzuwirken, und bereitete sie auf die gesetzliche Mitbestimmung im Betrieb vor.

## 1.2 Die Gründung von ILDIS 1967: Forschung im politischen Raum

Nachdem die FES in Chile seit 1964 nur mit einem Büro und Gewerkschaftsberatern gearbeitet hatte, beschloss die Zentrale der Stiftung 1965, die Aktivitäten im Land erheblich auszuweiten. In direkten Gesprächen mit Präsident Frei Montalva wurde 1966 die Eröffnung eines Büros unter dem Namen *Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales (ILDIS)* vorbereitet.<sup>4</sup> Im Jahr 1967 autorisierte die Regierung Chiles die FES per Dekret, Aktivitäten im Land durchzuführen.<sup>5</sup> Damit wurde der Grundstein für eines der ältesten Büros der FES weltweit gelegt.

ILDIS Santiago wurde als Außenstelle des Forschungsinstituts der FES-Zentrale in Deutschland gegründet. Die Forschungsabteilung der Stiftung ver-

---

2 Interview Emilio Morgado.

3 *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Situationsbericht und Vorschläge zur Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile. Bericht an die Zentrale vom 16.3.1965.

4 Siehe das Papier zur Vorbereitung eines Gesprächs mit Präsident Frei Montalva im Juli 1965 in Bonn: *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Actividades de la Fundación Friedrich Ebert en América Latina, especialmente en Chile. Minuta para la entrevista del Comité Ejecutivo de la Fundación Friedrich Ebert con el Señor Don Eduardo Frei, Presidente de la República de Chile, el 22 de Julio de 1965 en el Hotel Königshof de Bonn.

5 Dekret Nr. 1907 vom 23. Oktober 1967. Bekannt gegeben im Diario Oficial de la República de Chile, N° 26.894 vom 16. November 1967, S. 4007 f.

folgte das Ziel, wirtschafts-, politik- und sozialwissenschaftliche Forschung in Deutschland und in Entwicklungsländern zu betreiben. Diese Arbeit erfolgte jedoch nicht um ihrer selbst willen, sondern muss im Kontext des Auftrags einer politischen Stiftung gesehen werden. Die Aufgabe von ILDIS war es, die gesellschaftspolitische Entwicklung in Chile und ganz Lateinamerika zu beobachten, sodass die FES auf Grundlage dieser Erkenntnisse ihre gesellschaftspolitischen Maßnahmen im Land und in der Region bedarfsgerecht planen und durchführen konnte. Im Kontext deutscher Lateinamerikaforschung hatte das ILDIS dabei eine besondere Rolle inne: Es war die einzige Außenstelle eines deutschen, mit Lateinamerika befassten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts auf dem Subkontinent. Diese Beobachter- und Brückenkopffunktion von ILDIS kam nicht nur der Arbeit der FES, sondern der gesamten deutschen Lateinamerikaforschung zugute. Aus deutscher Sicht war ein Forschungsinstitut in Lateinamerika Ende der 60er Jahre von herausragendem Interesse. Zu dieser Zeit vollzogen sich grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen in der Region: Neben die traditionellen konservativen Parteien und das Militär als zweite politische Machtgruppe traten neue Kräfte – linke, christliche und populistische Parteien –, die den Charakter von Volks- und Massenparteien hatten. Das Verständnis dieser aktuellen politischen Vorgänge war nur dadurch möglich, dass die Strukturen und Tendenzen politischer und sozialer Gruppen, ihre Ideologien, Hintergründe und ihr Stellenwert im politischen Prozess des jeweiligen Landes analysiert und aufbereitet wurden.<sup>6</sup> Mit der Wahl von Eduardo Frei Montalva 1964 eröffnete sich in Chile die Möglichkeit, die Verwirklichung eines demokratisch legitimierten Reformprogramms zu beobachten, dessen Gelingen oder Scheitern für ganz Lateinamerika große Bedeutung zugeschrieben wurde.

Erster ILDIS-Direktor wurde Professor Wolfgang Hirsch-Weber, der als Leiter der Lateinamerika-Abteilung der Freien Universität Berlin einen hervorragenden Ruf als Regionalexperte genoss und über ein breites Netzwerk an politischen und wissenschaftlichen Kontakten in den Ländern verfügte. Drei weitere deutsche Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen, Hans-Jürgen Puhle, Jörg-Uwe Richter und Alf Ammon, ergänzten die Arbeit des Instituts. Alle wissenschaftlichen Mitarbeiter übernahmen Gastprofessuren an der *Universidad de Chile*. Professor Hirsch-Weber nahm die Anregung von chilenischer Seite auf, beratend und unterstützend beim Aufbau der Politikwissenschaft als wissenschaftliche Disziplin an den Hochschulen des Landes mitzu-

---

6 Zur Konzeption von ILDIS Santiago siehe: *ILDIS*, Tätigkeitsbericht 1966, S. 2 f.

wirken. Zwischen ILDIS und lateinamerikanischen Wissenschaftseinrichtungen entwickelten sich rasch enge Kontakte, so z. B. zur *Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO)*, zur *Universidad Católica* und zum *Centro de Estudios Democráticos de América Latina (CEDAL)* in Costa Rica, das ebenfalls von der FES gefördert wurde. 1969 wurde ILDIS Mitglied des lateinamerikanischen Rates sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitutionen, dem *Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO)*. Kern der Arbeit bildeten Forschungsarbeiten sowie die Ausrichtung internationaler Konferenzen. In Aufsätzen in Fachzeitschriften, in Studien oder Gutachten behandelten ILDIS-Mitarbeiter Themen von aktuellem gesellschaftspolitischen Interesse, so z. B. Probleme der Kupfer-Nationalisierung in Chile, die Rolle der Studentenschaft im gesellschaftspolitischen Wandel Lateinamerikas, die politische Rolle des Militärs in Lateinamerika oder das Genossenschaftswesen in Costa Rica.<sup>7</sup> ILDIS verfügte über eine eigene öffentlich zugängliche Bibliothek. In den Anfangsjahren baute das Institut mehrere Publikationsreihen sowohl in deutscher wie auch in spanischer Sprache auf, in denen die Forschungsergebnisse publiziert wurden. 1968 wurde ILDIS als eigenständige juristische Person in Chile anerkannt.

Über die wissenschaftliche Arbeit hinaus intensivierte ILDIS die Zusammenarbeit mit politischen Parteien in Lateinamerika. Hierbei stand die langfristige Ausbildung von Politikern im Vordergrund. Die Rolle, die die FES bei der Organisation politischer Debatten gerade im regionalen Kontext bald einnehmen würde, zeichnete sich bereits ab: Auf einem Seminar in Bogotá beispielsweise brachte das Institut 1968 führende Nachwuchspolitiker aus acht Ländern des Subkontinents zusammen, um einen Gedankenaustausch und die Formulierung eines gemeinsamen Standpunkts über die Rolle der demokratischen Linken im Wandlungsprozess Lateinamerikas zu ermöglichen. Eine steile politische Karriere war nicht nur den chilenischen Teilnehmern des Seminars, sondern auch dem deutschen Referenten, Johannes Rau, beschieden: Er sollte später als Bundespräsident in das höchste Staatsamt seines Landes aufsteigen. In Chile wurden die Kontakte mit der Radikalen Partei (*Partido Radical, PR*), die 1966 mit Senator Humberto Enriquez und dem späteren Senator sowie Vorsitzenden der PR Anselmo Sule aufgenommen wurden, vertieft und die Beziehungen zum linken Flügel der Christdemokratie gepflegt. Die Gewerkschaftsarbeit wurde fortgesetzt. Als Referenten im Auftrag der FES waren

---

7 Einen umfassenden Überblick über die Forschungsprojekte, Publikationen und Seminare von ILDIS Santiago bieten die Tätigkeitsberichte von ILDIS ab dem Jahr 1966.

hier zumeist Universitätsprofessoren tätig. Francisco Morales, später Arbeitsminister Costa Ricas, war in den ausgehenden 60er Jahren als junger Gewerkschaftsberater der FES tätig. Die Besuche des deutschen Außenministers Willy Brandt, des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn und von zahlreichen Abgeordneten Ende der 60er Jahre belegen das Interesse deutscher Politiker an der Arbeit der FES in Chile.

Mit der Wahl des Sozialisten Salvador Allende zum Präsidenten und der Regierungsübernahme durch das Parteienbündnis *Unidad Popular* änderte sich das Profil der Arbeit der FES in Chile. Die wachsenden innenpolitischen Spannungen, die den »chilenischen Weg zum Sozialismus« der Regierung Allende begleiteten, veranlassten den neuen Institutsleiter Karl-Heinz Stanzick, sich aus der Arbeit mit Parteien und Gewerkschaften vorerst zurückzuziehen. In der zunehmend verschärften Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern konnte ILDIS seine Arbeit nur dann fortsetzen, wenn es sich der Instrumentalisierung durch politische Strömungen entzog. Die bestehenden persönlichen Kontakte zu Politikern in der Regierung und zu führenden Persönlichkeiten der PR, der linken Christdemokraten, aber auch der Sozialisten wurden weiterhin gepflegt.<sup>8</sup>

Auch die Forschungsarbeit des Instituts erfuhr ab 1970 Veränderungen. Standen in den Jahren zuvor noch langfristig angelegte Forschungsvorhaben im Vordergrund, spielten nun internationale Konferenzen mit internationalen Organisationen wie der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe, CEPAL*) und Wissenschaftsinstituten wie FLACSO eine zentrale Rolle. Auf den Konferenzen mit Experten aus ganz Lateinamerika und Europa wurden Themen behandelt, die für eine progressive Wirtschafts- und Sozialpolitik der damaligen Epoche von unmittelbarer Bedeutung waren. 1971 veranstaltete ILDIS beispielsweise eine internationale Konferenz zum Thema »Ausländische Direktinvestitionen und Technologietransfer in Lateinamerika«. Die Teilnahme des Generalsekretärs der chilenischen Regierung, des Bergbauministers, des Bildungsministers als Vertreter des Präsidenten und des Vorsitzenden der Zentralbank manifestierten die guten Beziehungen zur neuen Regierung und ihr Interesse an den Forschungsthemen von ILDIS. Die Konferenz fand ein breites Echo in der chilenischen Presse, was nicht zuletzt auf die Eröffnungsrede des Generalsekretärs der Regierung, Jaime Suárez, zurückzuführen ist, in der er das wirtschaftspolitische Verständnis der Regierung Allende darlegte.

---

8 Interview Karl-Heinz Stanzick.

Je mehr sich die innenpolitischen Spannungen in Chile zuspitzten, desto bedeutender wurden zwei weitere Funktionen, die ILDIS Santiago erfüllte. Zum einen erstellte das Büro kurzfristige politische Analysen und Lageeinschätzungen, die die Zentrale der FES, aber auch die Entscheidungsträger in der Regierung sowie in den Parteien und Gewerkschaften in Deutschland informierten. Zum anderen besuchten zahlreiche Journalisten und Politiker Chile. Allendes »chilenischer Weg zum Sozialismus« wurde von den Medien und Teilen der deutschen Gesellschaft mit Interesse verfolgt. Auch außenpolitisch waren die Entwicklungen in Chile für die Bundesrepublik von großer Bedeutung: Die Regierung in Bonn versuchte, die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch Chile, die Allende angekündigt hatte, bis zum Abschluss der Ostverträge hinauszuzögern. ILDIS verfügte über gute Kontakte zur Regierung Allende und Vertretern der linken Parteien, konnte so den Besuchern qualifizierte Beratung bieten und den Zugang zu den Entscheidungsträgern in Chile ermöglichen.

Im Jahr 1973 teilte die FES die Hoffnung der Mehrheit der Chilenen, dass die Krise im Land auf politischem Weg beigelegt würde. Diese Hoffnungen zerschlugen sich mit dem Militärputsch am 11. September 1973. Der Staatsstreich gegen die Regierung Allende und die 16 Jahre währende Diktatur veränderten nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch die Zielsetzung der Arbeit der FES in Chile von Grund auf.

## 2 Für die Einheit der demokratischen Kräfte im Zeichen der Diktatur: 1973–1989

### 2.1 Das Sonderstipendienprogramm der Stiftung: Rasche Hilfe für verfolgte Demokraten

In den Tagen nach dem Putsch wandten sich immer mehr Partner, mit denen ILDIS in den vergangenen Jahren zusammengearbeitet hatte, Hilfe suchend an das Institut. Sie suchten Schutz vor politischer Verfolgung und wollten das Land verlassen, da sie angesichts der Verhaftungen und Folterungen um ihr Leben fürchteten oder ihnen die Existenzgrundlage in Chile entzogen worden war. Unmittelbar nach dem Putsch wurden von der FES Überlegungen angestellt, wie den demokratischen Kräften des Landes geholfen werden könnte. Für eine rasche Unterstützung auf Seiten der deutschen Regierung setzte sich insbesondere Hans Matthöfer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesmi-